

Antrag

der Abgeordneten Detlef Parr, Joachim Günther (Plauen), Miriam Gruß, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Dr. Daniel Volk, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Positive Auswirkungen des Sports auf die Gesellschaft nutzen und weiter fördern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Sport leistet unschätzbare Dienste für unsere Gesellschaft. Allein über 90 000 Vereine im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) haben insgesamt 27 Millionen Mitglieder. Daneben treiben viele Millionen Bürger außerhalb von Vereinen Sport. Der Sport ist damit die größte Bürgerbewegung in Deutschland. Mit seinen vielfältigen positiven Auswirkungen auf Bildung, Gesundheit, Mitmenschlichkeit, Integration und Gemeinsinn ist der Sport eine tragende Säule unserer Gesellschaftsordnung.

Darüber hinaus engagieren sich ehrenamtlich mehr als 4,5 Millionen Menschen für den Sport und im sportlichen Bereich. Sie leisten jährlich mehrere hundert Millionen Stunden ehrenamtliche Arbeit. Ohne den Einsatz der Freiwilligen wäre vor allem die Arbeit in den kleinen Vereinen nicht oder nur eingeschränkt möglich. Der Deutsche Bundestag spricht den ehrenamtlich engagierten Bürgern aber auch den Sportorganisationen Anerkennung und Dank für ihre wertvolle Arbeit für die Gesellschaft aus.

Der Sport vermittelt Werte, die den Menschen ein Leben lang begleiten. Bei der Entwicklung sozialer Kompetenz (gerade bei Kindern und Jugendlichen) spielt der Sport eine herausragende Rolle. Er schult insbesondere Kinder und Jugendliche beispielsweise darin, Regeln anzuerkennen und den sportlichen Gegner zu respektieren. Die sportliche Jugendarbeit bedarf einer gezielten Förderung, um Kindern und Jugendlichen Verständnis für ein gesundes Körperverhältnis und die Werte des Fair Play zu vermitteln.

Der Bundestag beobachtet mit Sorge die Tendenz in Deutschland, dass sich viele Kinder zu wenig bewegen. Koordinationsschwächen, motorische Leistungsschwächen und – einhergehend mit oftmals falschen Ernährungsgewohnheiten – Übergewicht gefährden die Gesundheit und die Entwicklungsfähigkeit der Kin-

der. Jedes fünfte Kind gilt in Deutschland als übergewichtig. Die Gründe für die mangelnde Bewegung bei Kindern und Jugendlichen sind vielfältig. Ein Hauptgrund liegt in den nicht ausreichenden Sportangeboten und Sportstätten in Schule und Freizeit. Auch die Zahl der Nichtschwimmer unter den Kindern steigt dadurch besorgniserregend an – mit zahlreichen Badeunfällen jedes Jahr. Um die positiven Auswirkungen des Sports auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen, müssen Schulen und Vereine über zahlenmäßig und qualitativ ausreichende Sportstätten verfügen. Bund, Länder und Kommunen müssen auf diesem Gebiet stärker kooperieren und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um Sportstätten in ganz Deutschland modernisieren und ausbauen zu können. Viele Sportstätten in Deutschland befinden sich in einem miserablen Zustand. Vor diesem Hintergrund muss der „Goldene Plan“ zum Sportstättenbau fortgesetzt und auf Gesamtdeutschland ausgeweitet werden.

In der Gesundheitsprävention sind Sport und Bewegung nicht zu ersetzen. Durch sportliche Betätigung kann der Entstehung und dem Verlauf chronischer Erkrankungen entgegengesteuert werden. Sportliche Aktivität spielt für die Rehabilitation und Verbesserung der Lebensqualität, z. B. bei degenerativen Gelenkerkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes, eine große Rolle. Auch der Seniorensport sollte in seiner Bedeutung für die aktive Gestaltung der zweiten Lebenshälfte insbesondere auch im Hinblick auf den demographischen Wandel aufgewertet werden.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist eines der wichtigsten Ziele des Sports. So wird seit 1989 das Programm „Integration durch Sport“ erfolgreich durchgeführt. Auch der Sport von Menschen mit geistigen und körperlichen Behinderungen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Deutsche Sportler nehmen erfolgreich an den Paralympics und den Special Olympics teil und vollbringen dort Herausragendes. Dort tragen sie, ebenso wie nicht behinderte Leistungssportler, wesentlich zur Identifikation vieler Bürger mit ihrem Heimatland bei. Der Bundestag begrüßt die positiven Entwicklungen im Bereich des Breiten- und Leistungssports der Menschen mit Behinderung und setzt sich dafür ein, den Sport körperlich und geistig behinderter Menschen stärker zu fördern.

Aus den Mitgliederzahlen des Deutschen Olympischen Sportbundes wird deutlich, dass die Zahl der Frauen im organisierten Sport kontinuierlich ansteigt. Dennoch gibt es unter den 60 DOSB-Spitzenverbänden nur sieben, in denen weibliche Mitglieder die Mehrheit ausmachen. In den Präsidien von 25 Spitzenverbänden findet sich keine einzige Frau. Lediglich ein Landessportbund sowie vier Spitzenverbände werden von Präsidentinnen geleitet. Der Bundestag spricht sich für eine stärkere Beachtung der Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen des Sports aus.

In 15 der 16 Bundesländer wurde der Sport aufgrund seiner Bedeutung bereits in den Verfassungen verankert. Darüber hinaus hat der Sport auch seinen Platz in den Verfassungen diverser anderer europäischer Staaten gefunden. Aufgrund der beschriebenen zahlreichen positiven Auswirkungen auf die Gesellschaft und das Zusammenleben in der Gesellschaft sollten der Schutz des Sports und seine Förderung nun auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert werden. Sollte das Grundgesetz neben den bereits bestehenden um weitere Staatszielbestimmungen, wie z. B. die Kultur, erweitert werden, setzt sich der Bundestag auch dafür ein, eine gemeinsame Formulierung für die Aufnahme des Sports in das Grundgesetz zu erarbeiten.

Deutschland ist ein exzellenter Ausrichter sportlicher Großveranstaltungen. Dies belegte die Fußballweltmeisterschaft 2006 und dies werden die Leichtathletikweltmeisterschaft 2009 sowie die Frauen-Fußballweltmeisterschaft 2011 erneut unter Beweis stellen. Der Staat unterstützt durch die Schaffung der Rahmenbedingungen, dass auch in Zukunft weitere sportliche Großveranstaltungen

nach Deutschland vergeben werden. Dies trägt dazu bei, Deutschlands Ansehen als hervorragender Gastgeber und Sportnation weiter zu festigen. Der Bundestag setzt sich vor diesem Hintergrund dafür ein, die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele und die Winter-Paralympics 2018 aktiv zu unterstützen.

Die Bedeutung des Sports muss auch in Zukunft positiv in unserer Gesellschaft verankert bleiben und viele Menschen müssen weiterhin für Sport begeistert werden können. Aber der gute Ruf und die Glaubwürdigkeit des Sports sowie die Gesundheit vieler Sportler sind durch Leistungsmanipulationen bedroht. Doping hat aus den verschiedensten Motiven heraus nicht nur im Bereich des Leistungssports, sondern auch im Freizeitsport besorgniserregende Ausmaße angenommen. Der Bundestag setzt sich dafür ein, die Anti-Doping-Forschung gezielt weiter zu fördern: Moderne Dopingmethoden müssen frühzeitig erkannt und dementsprechende, aktuelle Nachweisverfahren so früh wie möglich entwickelt werden. Auch die Dopingpräventionsarbeit muss gezielt ausgebaut werden. Der Nachwuchs muss so früh wie möglich über die Gefahren des Dopings aufgeklärt werden. Alle nationalen Bemühungen helfen wenig, wenn es uns nicht gelingt, auch international vergleichbare Standards der Dopingbekämpfung zu erreichen. Deutschland kann weltweit über das Internationale Olympische Komitee (IOC) und leider nur wenige Fachverbände Einfluss auf diese Entwicklungen nehmen. Wir brauchen mehr deutsche Mitwirkung in internationalen Gremien des Sports.

Gewalt in Stadien ist ebenfalls ein großes Problem, mit dem der Sport zu kämpfen hat. Die Auslöser dieser Gewaltexzesse sind vielfältiger Natur. Leider missbrauchen auch immer wieder rechtsextreme Gewalttäter den Sport als Bühne. Der Bundestag sieht diese Entwicklung mit großer Sorge und verurteilt sie. Es bedarf gemeinsamer Initiative von Sport und Politik, der zunehmenden Gewalt bei Sportveranstaltungen den Boden zu entziehen. Die Fanprojekte im Fußball sind ein gutes Beispiel hierfür.

Der Sport ist neben selbst erwirtschafteten Einnahmen auch stark auf Sportförderung durch öffentliche Gelder angewiesen. Die Sportförderung des Bundes hat eine lange Tradition und die Sportlerinnen und Sportler wissen, dass sie in diesem Bereich auf den Bund als Förderer weiter bauen können. Der Bundestag spricht sich dafür aus, dass die über viele Jahre weiterentwickelte Förderung des Sports durch den Bund aber auch durch Länder und Kommunen auch in Zukunft gesichert bleibt und weiterentwickelt werden muss.

Der Bundestag sieht, dass die finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand nicht unbegrenzt sind. Neben der staatlichen Sportförderung bildet daher das Sponsoring eine unverzichtbare Stütze für das Sportsystem in unserem Land. Private Sponsoren unterstützen den deutschen Breiten- und Spitzensport im laufenden Jahr mit 2,7 Mrd. Euro. Sportsponsoring nimmt damit den höchsten Anteil an den gesamten Sponsoringausgaben ein. Ohne dieses privatwirtschaftliche Engagement könnten kleine und große Sportprojekte nicht stattfinden. Auch in Zukunft müssen optimale Rahmenbedingungen für das privatwirtschaftliche Engagement im Sport gewährleistet bleiben.

Auch die Einnahmen aus Glücksspielen sichern viele Projekte sowohl im sportlichen als auch in kulturellen Lebensbereichen. Es zeichnet sich ab, dass durch den Glücksspielstaatsvertrag diese Einnahmen deutlich zurückgehen. Der Bundestag beobachtet diese Entwicklung mit Sorge und erwartet, dass Anfang 2009 eine umfassende Evaluation über die Auswirkungen des im Januar 2008 in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrags vorgenommen wird. Die Einnahmen aus Lotteriemitteln werden in anderen europäischen Ländern seit Jahren gezielt für die Förderung des Spitzen- und Breitensports und vor allem auch für die Nachwuchsförderung verwendet. Der Deutsche Bundestag ruft vor diesem Hintergrund alle im Sport Verantwortung Tragenden dazu auf, diese ergänzende Finan-

zierungsquelle zur Nachwuchsförderung und zur allgemeinen Förderung des Spitzen- und Breitensports besser zu erschließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die seit langer Zeit bestehende staatliche Förderung des Sports kontinuierlich zu sichern und fortzuentwickeln;
2. die Förderung des Sports von Menschen mit geistiger und körperlicher Behinderung sowie die Förderung des Seniorensports noch weiter als bisher auszubauen;
3. die Rahmenbedingungen für die ehrenamtlich im Sport tätigen Menschen weiter zu verbessern, um weitere Anreize für ehrenamtliches Engagement zu schaffen;
4. in Kooperation mit Ländern und Kommunen darauf hinzuwirken, bundesweit gültige Mindeststandards für den Schulsport zu entwickeln und durchzusetzen sowie der Bevölkerung in ganz Deutschland eine angemessene Sportinfrastruktur zur Verfügung zu stellen;
5. die Rahmenbedingungen für die Bewerbung um die Ausrichtung sportlicher Großveranstaltungen bereitzustellen und weiter zu verbessern, damit Deutschland im Wettbewerb mit anderen Nationen auch in Zukunft Ausrichter solcher Veranstaltungen sein kann und vor diesem Hintergrund die Bewerbung Münchens um die Olympischen Winterspiele und die Winter-Paralympics 2018 aktiv zu unterstützen;
6. in der Dopingbekämpfung die Mittel für die Nationale Anti Doping Agentur (NADA) weiter aufzustocken, um die Kontrolldichte zu erhöhen und die Qualität der Kontrollen zu steigern, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Erkenntnisse der Anti-Doping-Forschung insbesondere in den Bereichen Gendoping und Blutdoping zu erweitern und damit den aktuellen Entwicklungen wirksam begegnen zu können sowie die bereits bestehenden erfolgreichen Aufklärungskampagnen zur Dopingbekämpfung weiterzuführen;
7. ihren Beitrag zu leisten, um der negativen Tendenz zur zunehmenden Gewalt bei Sportveranstaltungen entgegenzuwirken;
8. in Zusammenarbeit mit den Ländern Anfang 2009 eine umfassende Evaluation über die Auswirkungen des im Januar 2008 in Kraft getretenen Glücksspielstaatsvertrags vorzunehmen und die gebotenen Konsequenzen im Sinne des Sports und im Sinne der Suchtbekämpfung zu ziehen;
9. auch für die Zukunft optimale Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement im Sport zu gewährleisten und
10. den Sport in allen Aktionsprogrammen der Bundesregierung für mehr Bewegung und bessere Ernährung an herausragender Stelle zu verankern.

Berlin, den 2. Dezember 2008

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion